

Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2003 (Nr. 5)
– Wirtschaftlichkeit des Landesverwaltungsnetzes**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 2. Februar 2006 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 13/5068 Teil C Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Vorschläge des Rechnungshofs umzusetzen, insbesondere
 - a) die Zusammenarbeit im Datennetzbereich zwischen dem Land und den kommunalen Netzbetreibern so eng wie möglich zu gestalten,
 - b) das Berichtswesen des Informatikzentrums Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) zu verbessern und die Landesbehörden zu verpflichten, die Dimensionierung der Datenleitungen fortlaufend auf ihre Notwendigkeit und auf ihre Kosten zu überprüfen,
 - c) eine Ausschreibung des Landesverwaltungsnetzes bis 2009 vorzubereiten,
 - d) wo dies wirtschaftlich ist, den Datennetzbetrieb dem landeseigenen IZLBW zu übertragen und im Falle des Outsourcings den für Landesbehörden noch notwendigen Sachverstand zum Betrieb von Datennetzen möglichst beim IZLBW zu konzentrieren;
2. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. März 2007 zu berichten.

Bericht

Mit Schreiben vom 16. Februar 2007 Az.: I 0451.1 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Eingegangen: 21. 02. 2007 / Ausgegeben: 07. 03. 2007

1

Zu 1. a):

Bereits in der Vergangenheit, etwa bei der Umsetzung des Gesetzes zur Verwaltungsstrukturreform, haben das Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) und die Rechenzentren des kommunalen Datenverarbeitungsverbands (DVV) eng zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit ist inzwischen fortgeführt worden. Einige Beispiele dafür sind nachfolgend angeführt:

- Zur kostengünstigen breitbandigen Verbindung großer Behörden insbesondere in Ballungszentren hat das IZLBW für die Landesverwaltung das sog. Metronetz Baden-Württemberg realisiert. Die Mitnutzung von zu diesem Zweck angemieteten Glasfaserstrecken auch durch kommunale Netzbetreiber wurde dem DVV angeboten.
- Im IZLBW befindet sich der Übergang zwischen Landesverwaltungsnetz und kommunalen Netzen. Zur Erhöhung der Ausfallsicherheit dieser Kopplung wurde in enger Zusammenarbeit eine redundante Kopplung realisiert.
- In Baden-Württemberg gibt es eine von Land und Kommunen gemeinsam genutzte Anbindung an das TESTA-Deutschland-Netz. TESTA-Deutschland ist ein bundesweites Datennetz zur Kommunikation zwischen Verwaltungsetzwerken. Angeschlossen sind alle Bundesländer, die obersten Behörden des Bundes, die unteren Bundesbehörden (Kraftfahrt-Bundesamt, Statistisches Bundesamt, Deutscher Wetterdienst usw.), Juris und der Bund der Sozialversicherer. Auch hier werden in enger Abstimmung Maßnahmen zur Erhöhung von Bandbreite und Ausfallsicherheit der Anbindung an TESTA-Deutschland realisiert.
- Weiterhin arbeiten das IZLBW und die kommunalen Rechenzentren in Projekten zur Realisierung der Sprachkommunikation und der Videoübertragung über die Datennetze zusammen.

Zu 1. b):

Bei der Verbesserung des Berichtswesens und damit auch der Möglichkeiten der Landesbehörden, die richtige Dimensionierung und Abrechnung zu überwachen, sind Fortschritte erreicht worden:

- Der Vertragspartner T-Systems für das Landesverwaltungsnetz hat sein Berichtswesen insbesondere hinsichtlich der Aktualität der Datenbank und der Möglichkeiten der Auswertung verbessert.
- Das verbesserte Berichtswesen wird vom IZLBW intensiver als früher genutzt, um insbesondere auch die Auslastung der Datenverbindungen zu beobachten. Darüber hinaus stellt das IZLBW zum jeweiligen Wertstellungsgespräch für das Landesverwaltungsnetz eine Liste nur gering ausgelasteter Verbindungen zur Verfügung. Auf Auffälligkeiten werden die betroffenen Landesbehörden dann vom IZLBW hingewiesen.
- Weiterhin wurden die Auftrags- und Abrechnungsprozesse verbessert. Aufwändige Papier-Vorgänge wurden durch elektronisch unterstützte Verfahren ersetzt. So wurde auch erreicht, dass sich die Zahl von Unklarheiten bei Abrechnungen verringert hat.
- Zur weiteren Verbesserung der Wirtschaftlichkeit arbeitet das IZLBW in enger Zusammenarbeit mit den Ressorts an der Reduzierung der Zahl der Benutzergruppen im Landesverwaltungsnetz.

- Bei Neubestellung oder Änderung von Verbindungen im Landesverwaltungsnetz berät das IZLBW die auftraggebenden Behörden und informiert über Möglichkeiten der Kosteneinsparung. Zudem führt das IZLBW mit dem Vertragspartner regelmäßige Informationsveranstaltungen zu technischen Neuerungen und damit verbundenen Einsparmöglichkeiten durch.

Zu 1. c):

Die Vorbereitungen zur Ausschreibung des Landesverwaltungsnetzes sind angelaufen. Dazu zählen insbesondere die nachfolgenden Punkte.

- Die Stabsstelle für Verwaltungsreform im Innenministerium und das IZLBW schaffen durch laufende Marktbeobachtung und die Evaluierung neuer Techniken die Basis zur Erstellung einer bedarfs- und marktgerechten Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung.
- Insbesondere durch das im Jahr 2006 durchgeführte Technologie Refreshment für das Landesverwaltungsnetz und den Aufbau des Metronetzverbundes wurde die Basis geschaffen, noch wirtschaftlicher ausschreiben zu können: Inzwischen besteht das Landesverwaltungsnetz zu über 80 % aus der neuen Technik.
- Der bestehende Outsourcing-Vertrag für das Landesverwaltungsnetz endet 2009. Die Ausschreibung wird dementsprechend geplant.

Zu 1. d):

Dazu wurden neben den Vorbereitungen zur Ausschreibung des Landesverwaltungsnetzes weitere Maßnahmen angegangen. Beispiele sind:

- Die Verlagerung des Knotens für das Netz der Kultusverwaltung zur Vernetzung der Schulverwaltungen in das IZLBW wird vorbereitet und kann voraussichtlich noch 2007 erfolgen.
- Das Finanzministerium hat mit dem IZLBW Gespräche mit dem Ziel aufgenommen, weitere Synergien im Netzbereich zu erzielen.